OFFENER BRIEF

an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Michael Sommer**

Für die vereinte Demonstration der DGB-Gewerkschaften in Berlin „Die Gesundheitsreform muss vom Tisch“

Für das Nein der SPD-Bundestagsabgeordneten

im November 2006

Sehr geehrter Kollege Michael Sommer,

wir waren rd. eine viertel Million, die als Kolleginnen und Kollegen, als organisierte Mitglieder der DGB-Gewerkschaften aus Betrieben und Verwaltungen, am 21. Oktober auf den Straßen Berlins, Stuttgarts, Frankfurts, Münchens und Dortmunds gegen die Große Koalition und ihre Politik, insbesondere gegen die sgn. Gesundheitsreform, demonstriert haben.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Briefes haben in dieser Situation die Initiative ergriffen, sich im beiliegenden Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten gewandt und sie aufgefordert, mit Nein zu stimmen.

Tausende, darunter auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Ottmar Schreiner, haben am 21. diesen Brief unterzeichnet, und die Unterschriftensammlung geht weiter.

Die Kolleginnen und Kollegen, die organisierte Arbeitnehmerschaft in Deutschland sagt Nein zur Gesundheitsreform. Denn sie wissen, es ist wie im „Brennpunkt Gesundheitsreform“ vom DGB beschrieben:

Diese „Reform“ bedeutet das Ende der solidarischen Finanzierung, die „mit dem Gesundheitsfonds noch stärker beschnitten werden (soll)“, sie bedeutet das Ende der Selbstverwaltung, denn „die Bundesregierung soll ermächtigt werden, per Rechtsverordnung einen Einheitsbeitrag festzulegen“, und selbst „Bundestag und Bundesrat haben dann nichts mehr zu sagen“. Durch den „Einstieg in die Kopfpauschale“, den weiteren Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung durch das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge wird es zu weiteren „Kostenexplosionen“ kommen. Die Privatisierung der Risiken durch „Wahltarife für junge Gesunde

und den Ausstieg aus dem Sachleistungsprinzip“ wird getragen von der „Privatisierung“, die sich stützt auf die Senkung der Arbeitgeberanteile, von denen wir wissen, dass sie als Teil der sgn. Lohnnebenkosten vorenthaltener Lohn sind. Das ist gesetzlich verordneter Lohnraub.

Der DGB hat Vorschläge gemacht. Du, Kollege Sommer, hast am 21.10. in Stuttgart die Bilanz gezogen: „Aber was hat die Große Koalition aus unserem Vorschlag gemacht? Nichts!“

Die Regierung stellt sich blind und taub. Die Anhörungen, ob im Bundesgesundheitsministerium oder im Bundestagsausschuß, werden zur Farce. Die Kolleginnen Paschke und Buntenbach haben, nachdem man die Bitte des DGB um Verschiebung der Sitzung ignorierte, darauf am 16. Oktober hingewiesen und die Anhörung nach einer entsprechenden Erklärung wieder verlassen.

Diese Regierung baut einen enormen Zeitdruck auf. Sie will gegen alle Widerstände diese Antireform durchsetzen.

In aller Dringlichkeit müssen wir uns die Frage stellen, ob man sie noch weiter gewähren lassen darf!

Der Vorsitzende von verdi, Kollege Bsirske, hat angekündigt, den Widerstand in die Betriebe zu tragen, die Betriebsversammlungen zu nutzen, denn die „Reform“ sei ein „trojanisches Pferd zur Zerstörung der solidarischen Grundlagen der Sozialversicherung“. Er fordert, dass die Pläne eingestampft werden: „Dieses Paket muß vom Tisch“. Recht hat er!

Du, Kollege Sommer, hast in Stuttgart erklärt: „Niemand kann von uns erwarten, dass wir tatenlos zusehen, wie die Interessen der kleinen Leute, der sozial Schwachen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, missachtet werden. (...) Wir (werden) uns weiter einmischen. Die heutigen Kundgebungen sind der Auftakt zu